

Zu den bayerischen Landtagswahlen.

In Bayern hat soeben ein Wahlkampf stattgefunden, welcher weit über die Grenzen des bayerischen Landes hinaus Beachtung und lebhaftes Interesse erweckt hat, weil die Parteien, welche einander dort gegenüberstanden, nicht bloß nach Gesichtspunkten des inneren bayerischen Landesinteresses, sondern nach den großen Gegensätzen geschieden sind, welche zur Zeit die geistigen und politischen Kämpfe in ganz Europa und besonders im Deutschen Reiche beherrschen. Die Anhänger des vatikanischen Papstthums haben bei diesen Wahlen, und zwar auf dem anscheinend günstigsten Boden, den Versuch gemacht, einen Sieg gegenüber der neuern Entwicklung im Deutschen Reiche zu gewinnen: eben deshalb waren die Augen aller Freunde sowohl, wie die Hoffnungen der Feinde des Deutschen Reiches auf den Ausfall dieser Wahlen gerichtet.

Zunächst haben nur die Wahlen der Wahlmänner stattgefunden, welchen in wenigen Tagen die Wahlen der Abgeordneten folgen sollen; aber bei der Bestimmtheit und Schärfe der Parteistellungen, wie sie bei diesen Wahlen von vorn herein maßgebend waren, läßt sich das schließliche Ergebnis schon jetzt übersehen; 79 Ultramontane werden 77 deutsch-national gesinnten Abgeordneten in der künftigen Kammer gegenüberstehen.

Um dies Ergebnis richtig zu würdigen, muß man auf den Ausgangspunkt des Wahlkampfes zurückgehen.

Die letzten Wahlen in Bayern hatten im Jahre 1869 stattgefunden. Auch damals schon stand die ultramontane Partei unter dem Namen der bayerischen „Patrioten“ im engsten Bündniß mit allen Gegnern der deutsch-nationalen Entwicklung, wie sie in Folge der Ereignisse von 1866 mächtig hervorgetreten war und ein immer festeres Band auch zwischen dem bereits geeinigten Norddeutschland und den süddeutschen Staaten zu knüpfen versprach. Die sogenannten „Patrioten“ siegten bei den Wahlen von 1869 mit einer Mehrheit von 83 gegen 71 Stimmen; aber trotzdem vermochten sie in der entscheidenden Stunde des Jahres 1870 den gewaltigen Aufschwung deutscher Gesinnung, welcher das bayerische Volk zum Anschluß an die von Preußen vertretene nationale Sache trieb, und welchem König Ludwig den unmittelbarsten Ausdruck durch hochherzige Thaten verlieh, nicht zu hemmen oder abzuschwächen. Vielmehr zerbröckelte jene Mehrheit gegenüber dem unwiderstehlichen Gange großartiger, historischer Thatsachen, — es blieb zwar auf Seiten der Ultramontanen immerhin noch ein Uebergewicht von wenigen Stimmen, aber diese Mehrheit hatte weder die Kraft, noch das moralische Ansehen, um die Politik der königlichen Regierung von der Mitwirkung an der Vollendung des deutschen Reiches, sowie von dem entschiedenen Eintreten Bayerns für die Rechte der bürgerlichen Macht gegen die Uebergriffe Roms zurückzuhalten.

Inzwischen ist durch die Lebhaftigkeit des kirchlichen Kampfes, wie er nicht bloß in Preußen, sondern auch Seitens der deutschen Reichsgewalten gegen den ultramontanen Uebermuth geführt wird, der Eifer und die Leidenschaft der Anhänger Roms in Bayern unendlich gesteigert worden. Dort wie überall hat die römische Kirche den Kampf benutzt, um die Masse des katholischen Volkes mit allen Mitteln des geistlichen Einflusses und der kirchlichen Disziplin fester als zuvor um das ultramontane Banner zu schaaren.

Bei den jetzigen neuen Wahlen aber sollte die Probe gemacht werden, bis zu welchem Maße unter dem Eindrucke jener Vorgänge die Treue der Bevölkerung gegen Rom und damit die geistliche Macht gewachsen sei.

Es handelte sich in der That um eine ernste Probe.

Bayern zählt bei einer Gesamtbevölkerung von nahezu 5 Millionen etwa 3½ Millionen Katholiken gegenüber noch nicht 1½ Millionen Andersgläubiger. Nach den neueren Erfahrungen in anderen Staaten meinten die ultramontanen Führer hoffen zu dürfen, daß in allen Wahlbezirken mit entschieden überwiegender katholischer Bevölkerung die Masse der Wähler eng geschaart ihnen folgen würde, und daß ihnen, wenn auch die großen

Städte sich ihrem Einflusse entzögen, doch eine bedeutende, eine wirklich entscheidende Mehrheit im künftigen Landtage kaum fehlen könne. Um dieses Ziel sicher zu erreichen, wurden alle Hebel des geistlichen Einflusses angelegt und alle Mittel des politischen Kampfes benutzt. Der Erzbischof von München sowie fast alle Bischöfe des Landes verschmäheten es nicht, in geistlichen Ansprachen und Hirtenbriefen die kirchlichen Gesichtspunkte, die Bewährung der Treue gegen die katholische Kirche ausdrücklich als das Wichtigste bei den politischen Wahlen in den Vordergrund zu stellen. In den „patriotischen“ Wahlaufrufen aber wurde die Rettung des Throns und der Selbstständigkeit Bayerns gegenüber der gänzlichen Vernichtung durch Preußen, die Rettung des Altars gegenüber dem absoluten Unglauben, die Rettung der höchsten Güter des Volkes, seiner Schulen u. s. w. vor der drohenden Gefahr sittlicher Verwilderung »wie im protestantischen Preußen«, daneben die Befreiung des Volkes von den unerträglichen Lasten des preussischen Militarismus u. s. w. — als die Aufgabe aller guten Bayern bei den Wahlen verkündet.

Ungeachtet der lebhaften und eifrigen Gegenanstrengungen der reichsfreundlichen liberalen Partei durften die Ultramontanen dem Anschein nach auf bedeutende Erfolge ihrer Agitation rechnen.

Den hochgespannten Erwartungen aber hat der Ausgang nicht entsprochen.

Von einem durchgreifenden Erfolge konnte nur die Rede sein, wenn die ultramontane Partei wenigstens annähernd eine Mehrheit erreicht hätte, welche dem Uebergewicht der katholischen Bevölkerung in Bayern entspräche, — von einem Erfolge überhaupt nur dann, wenn eine Mehrheit gewonnen wäre, welche einen bestimmenden Einfluß auf die Politik der Regierung zu üben vermöchte.

Es ist dagegen eine unzweifelhafte Niederlage, wenn die Ultramontanen mit allen den Waffen, die sie aus den Erregungen einfach frommer Gemüther während des kirchlichen Kampfes der letzten Jahre für sich bereitet haben, und die sie inmitten der leicht irre zu leitenden Volksmassen mit aller Rücksichtslosigkeit zu brauchen gewohnt sind, — es bei diesen Wahlen doch nicht einmal so weit zu bringen vermochten, wie vor sechs Jahren.

Besten Falls eine Mehrheit von zwei Stimmen, — das ist von vorn herein keine Kraft zu erfolgreichem Eingreifen in die politische Entwicklung.

Die Niederlage aber wird noch erhöht durch einzelne charakteristische Anzeichen bei den Wahlen, besonders durch die bemerkenswerthe Thatsache, daß nicht bloß fast sämtliche große Städte, auch die überwiegend katholischen Städte München, Regensburg, Würzburg u. s. w., sondern auch die ländlichen Bezirke in denjenigen Landestheilen, welche mit ihrem geistigen und wirtschaftlichen Leben mehr inmitten der allgemeinen Entwicklung stehen, — sich der politischen Heeresfolge Roms entzogen haben. Die ultramontanen Wortführer selbst können unter dem ersten Eindruck der Wahlen nicht verhehlen, wie unerwartet und empfindlich ihnen manche dieser Erfahrungen, vor Allem die schwere Niederlage in der Hauptstadt München ist. Es kann nicht fehlen, daß die moralische Rückwirkung dieser Enttäuschung auch in der katholischen Bevölkerung selbst von großer Bedeutung sein werde.

Das aber darf man schon jetzt als gewiß annehmen, daß die parlamentarischen Verhältnisse in Bayern auch nach diesen Wahlen die dortige Regierung nicht hindern können, die Wege einer reichstreuen und im wahrsten Sinne patriotischen Politik weiter zu verfolgen, einer Politik, wie sie König Ludwig im vollen Bewußtsein der Pflichten gegen sein Land, zugleich aber in ächt deutschem Sinne unbeirrt inne gehalten hat, einer Politik, welche dem bayerischen Thron und Staat eine hervorragende und geachtete Stellung inmitten des großen und starken deutschen Gemeinwesens gesichert hat.

Die Münzreform.

(Aus der »Breslauer Zeitung«.)

Das alte Sprichwort: »Wer am Wege baut, hat viele Meister« hat sich selten in dem Maße bewahrheitet, wie bei der Durchführung der Münzreform. Dieselbe ist ein »Bauen am Wege« nicht allein in dem Sinne, daß Jeder, der des Weges zieht, dem Werke zuschauen und ein Urtheil über dasselbe fällen kann, sondern auch in dem Sinne, daß der Weg selbst ein Objekt der Bauhätigkeit wird, und die Gangbarkeit desselben vorübergehend sehr erschwert wird. Wenn eine Straße umgepflastert, eine Chaussee renovirt wird, so entsteht dadurch eine Zeit lang eine bedeutende Belästigung des Verkehrs; wer aber möchte wünschen, daß man, um solchen vorübergehenden Belästigungen zu entgehen, auf alle Wegebauten verzichtet? Unsere gegenwärtigen Münzstände sind unbequem, das ist nicht zu läugnen; allein diese Unbequemlichkeiten lagen in der Berechnung und mußten schlechterdings in den Kauf genommen werden, wenn man nicht Deutschland in der ganzen Zerissenheit und Mangelhaftigkeit seiner alten Münzstände belassen wollte. Der Regierung kann nach unserem Dafürhalten kein Vorwurf, jedenfalls kein erheblicher gemacht werden.

Von den verschiedensten Seiten wird jetzt die Goldwährung bekämpft. Wir können nicht das ganze Für und Wider darüber wiederholen, das zu einer Bibliothek angewachsen ist. Wir beschränken uns, einen einzigen Grund anzuführen, der für die Goldwährung, wie wir glauben, entscheidend ist. Wir mußten zur Goldwährung übergehen, weil unser Verkehr so bedeutende Verhältnisse angenommen hat, daß wir außer Stand gesetzt sind, die erforderlichen Umsätze mit Silber zu bestreiten. Wir mußten zur reinen Goldwährung und nicht zur Doppelwährung übergehen, weil die gesetzliche Doppelwährung gleichbedeutend gewesen wäre mit der thaisächlichen Silberwährung, und uns daher nicht in den Stand gesetzt hätte, das Uebermaß der Papieremission zu vermeiden, welches der unzertrennliche Begleiter der Silberwährung ist. Wir mußten jetzt zur Goldwährung übergehen, weil uns die französische Kriegskontribution in den Stand gesetzt hat, das reine Wasser — das Gold — anzuschaffen, bevor wir das unreine Wasser — das Silber — ausgegossen hatten. Zu jeder anderen Zeit würde die Beschaffung eines doppelten Bestandes an Edelmetall unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet haben.

Man hat die Regierung verantwortlich machen wollen für den Abfluß von Gold in das Ausland. Dieser Abfluß ist aber nicht die Folge irgend eines Fehlers, den die Regierung begangen hatte, sondern die Folge des Umstandes, daß wir Schulden an das Ausland hatten, zu deren Deckung uns keine anderen Mittel zu Gebote standen. Es giebt keine Münzordnung, durch welche die Staatsregierung ihre Angehörigen von der Nothwendigkeit befreien kann, ihre Schulden zu bezahlen. Der Goldabfluß muß sein Ende in dem Augenblicke nehmen, wo die Schulden bezahlt sind, und dieser Augenblick scheint jetzt gekommen zu sein.

Man macht der Regierung einen Vorwurf daraus, daß die Münzreform nicht schnell genug vorschreitet. Ja, zur Durchführung einer so großartigen Münzreform gehört vielerlei. Es gehört dazu, daß ein bis anderthalb Milliarden Münzstücke geprägt werden — bis zur Stunde sind etwa drei Viertel Milliarden Stück geprägt —; es gehört dazu, daß über hundert Millionen Papierzeichen neu gedruckt werden; daß viele Centner Münzen in den Schmelztiegel wandern — wo ist denn etwas versäumt worden? Alle unsere Münzstätten arbeiten mit Anspannung der höchsten Kraft.

Ein Unstand, der die Durchführung der Münzreform sehr erschwert, war die Schwierigkeit, die kleinen Banknoten frühzeitig aus dem Verkehr zu ziehen. Die Silberwährung konnte die kleinen Banknoten nicht entbehren, die Goldwährung kann sie nicht ertragen. Wir waren in die Nothwendigkeit gesetzt, die geprägten Goldmünzen in dem Keller zu verwahren, bis durch die Zurückziehung der kleinen Banknoten ihnen Raum im Verkehr geschafft war. Mit den kleinen Banknoten wurden die Goldmünzen angekauft, die aus Spekulation in das Ausland versendet wurden, und sobald dieselben beseitigt sind, hat Niemand mehr die Mittel, zu solchen Zwecken Gold anzukaufen. Seltsamer Weise sind es eben dieselben Stimmen, die noch vor sechs Monaten den kleinen Banknoten das Wort geredet haben, welche jetzt der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie das Gold nicht in den Verkehr läßt.

Man macht der Regierung einen Vorwurf daraus, daß der Preis des Silbers fällt. Aber der Preis des Silbers würde unter allen Umständen gefallen sein, und es ist besser, daß ein Edelmetall, dessen Preis fällt, für uns ein bloßer Handelsartikel, als daß es die Grundlage unseres Münzsystems sei. Gegenwärtig verlieren wir nur an dem Silber, welches in Gestalt alter Münzen bei uns herumläuft. Hätten wir die Silberwährung noch, so müßten wir fortdauernd neues Silber zu Prägungszwecken ankaufen, mit der bestimmten Aussicht, daran Geld zu verlieren. Gegenwärtig gewinnen wir am Golde, während wir am Silber verlieren; hätten wir die Goldwährung nicht, so würde dieser Gewinn uns entgehen.

Es liegt zu den Angriffen, welche gegen die Minister Delbrück

und Camphausen gerichtet werden, nicht der geringste Grund vor. Das schwierige Werk, welches zu vollenden war, konnte in keine zuverlässigere und geschicktere Hände gelegt werden.«

Die Verwaltungsgerichte. Nach dem Gesetze über die Befassung der Verwaltungsgerichte, welches am 3. Juli von Sr. Majestät dem Könige vollzogen worden ist und am 1. Oktober d. J. in Kraft tritt, soll für jeden Regierungsbezirk am Amtssitze des Regierungs-Präsidenten ein aus fünf Mitgliedern zusammengesetztes Bezirksverwaltungsgericht bestehen. Zwei dieser Mitglieder, von denen eins zum Richteramte, eins zur Bekleidung von höheren Verwaltungssämtern befähigt sein muß, sollen vom Könige auf Lebenszeit ernannt, die drei andern Mitglieder sollen auf drei Jahre aus den Einwohnern des Gerichtsprengels durch die Provinzialvertretung gewählt werden. So lange jedoch bei den Bezirksverwaltungsgerichten ein ausreichender Geschäftsumfang nicht vorhanden ist, kann die Bestellung der vom Könige zu ernennenden Mitglieder im Nebenamte für die Dauer ihres Hauptamtes am Sitze des Bezirksverwaltungsgerichts erfolgen. Einweilen sollen die ernannten Mitglieder der bestehenden Bezirksverwaltungsgerichte in Thätigkeit bleiben. Dasselbe gilt in Betreff der von den Provinzial-Landtagen gewählten Mitglieder der bestehenden Bezirksverwaltungsgerichte für diejenige Zeit, für welche sie bestellt worden sind.

In Gemäßheit dieser Bestimmungen werden die auf Grund der neuen Kreisordnung gebildeten Verwaltungsgerichte als Bezirks-Verwaltungsgerichte auch über den 1. Oktober d. J. hinaus bis auf Weiteres bestehen bleiben können. Ein Bedürfnis, die beiden berufsmäßigen Beamten auf Lebenszeit anzustellen, wird bis zu dem Zeitpunkt, wo die Geschäfte der Bezirks-Verwaltungsgerichte durch die Gesetzgebung einen noch größeren Umfang erhalten haben werden, voraussichtlich nur für einige wenige Bezirks-Verwaltungsgerichte mit sehr großen Sprengeln hervortreten; jedoch würde eventuell auch für diese Gerichte die lebenslängliche Anstellung der beiden berufsmäßigen Beamten erst nach stattgehabter Regelung des Etats der Verwaltungsgerichte, frühestens vom 1. April 1876 ab erfolgen können.

Der Landesauschuß für Elsaß-Lothringen ist nach vierwöchentlicher Sitzung am Sonnabend (17.) geschlossen worden. Der Ober-Präsident v. Müllers sagt in seiner Schlussrede im Anschlusse an die Worte des Vorsitzenden des Landesauschusses:

»Mit Befriedigung blicke auch ich auf die erste Session des Landesauschusses zurück. — An der Hand der Ihnen unterbreiteten Vorlagen haben Sie, meine Herren, von allen Zweigen der Verwaltung mit Unbefangtheit und Sachkunde Einsicht genommen und die Landesverwaltung mit männlichem Freimuth in einer Weise berathen, welche die Anerkennung des Landes und der Regierung verdient.

Der Verlauf dieser ersten Session ist ganz geeignet, die Hoffnung zu befestigen, daß der Tag der Einsetzung des Landesauschusses als ein glücklicher in der Geschichte Elsaß-Lothringens verzeichnet werden wird. In dem ich Ihnen Allen, meine Herren, und Ihnen Herr Präsident insbesondere, für die Hingebung danke, womit Sie Ihre Aufgabe erfüllt haben, erkläre ich mit Ermächtigung Sr. Majestät des Kaisers die erste Session des Landesauschusses hierdurch für geschlossen.«

Unser Kaiser hat sich wiederum nach dem Bade Gastein begeben, in dessen wunderbar erfrischenden Quellen der hohe Herr seit 1863 so oft Stärkung gesucht und gefunden hat.

Auch in diesem Jahre ist der Besuch des österreichischen Badeortes die erfreuliche Gelegenheit zur Erneuerung des freundschaftlichen Verkehrs unseres Monarchen mit dem österreichischen Kaiserpaare geworden. Von Salzburg aus begab Kaiser Wilhelm sich am Donnerstag (15.) nach Ischl. Kaiser Franz Joseph war seinem kaiserlichen Freunde bis Strobl entgegengefahren, von wo die beiden Monarchen nach herzlichster Begrüßung die Fahrt gemeinsam fortsetzten. Unser Kaiser verweilte am Donnerstag und Freitag im lebhaftesten herzlichsten Verkehr mit dem Kaiser Franz Joseph und der Kaiserin Elisabeth. Am Freitag Abend erfolgte die Rückkehr nach Salzburg und am Sonnabend (17.) die Fahrt nach Gastein, indem zum ersten Male die neue Eisenbahn bis Land benutzt werden konnte. Am Sonnabend Nachmittag traf Se. Majestät in bestem Befinden in dem herrlich gelegenen Badeorte ein, von der Bevölkerung und den Kurgästen freudig begrüßt, und begann am folgenden Tage die Kur, welche bis zum 7. August währen soll. Der Kaiser will alsdann zunächst nach Berlin zurückkehren. Am 16. August gedenkt Se. Majestät der Feier der Uebergabe des Hermanns-Denkmal's an das deutsche Volk beizuwohnen.